„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftsstelle: 1835—1837 Hafenstraße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASSN. LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Schulvorsteher und Minderheiten

Die „große" Schulvorsteher-Konvention in Moose Jaw scheint nach Mitteilungen von Augenzeugen keineswegs mehr so groß gewesen zu sein wie ähnliche Veranstaltungen in der Vergangenheit. Der minderheitenfeindliche Geist, der seit dem Kriegsausbruch in der „Saskatchewan School Trustees' Association" sich mehr und mehr breit machte und auch nach dem Weltkriege noch die überwiegende Mehrheit der Delegierten beherrschte, hat bei den gemäßigteren und besonnenen Schulvorsteher abgestoßen. Die ganz natürliche Folge davon war, daß sich diese zurückzogen und zum Teil sich neue eigene Organisationen schufen, wie dies auf französischer, ukrainischer, deutscher und anderer Seite geschehen ist. Warum sollten diese Schulvorsteher auch ihre Anträge auf Zulassung fremdsprachigen Unterrichtes in der überwiegend nichtenglischen Distrikten und andere Resolutionen regelmäßig niederstimmen lassen? Warum sollten sie ihre Ueberzeugen der verdrießlichen und höhnischen Bemerkungen einiger radikalen Gesellen sein, deren ganze Bildung in einer riesengroßen Einbildung und einem tollen Fanatismus bestand?

Wie wenig man auch heute noch von der Schulvorsteher-Vereinigung von Saskatchewan zu erwarten hat, wenn es sich um die heiligsten Güter des Volkes handelt, ergibt sich ganz klar und deutlich aus einigen in Moose Jaw gefaßten Resolutionen. So wurde u. a. die Abschaffung des Religionsunterrichtes in der letzten halben Stunde des Schultages gefordert. Erst hat Justizminister McMorran in der berüchtigten Gesetzesauslegung um Weihnachten 1929 erklärt, der Religionsunterricht dürfte nicht in der Muttersprache der Kinder, sondern müsse in englischer Sprache erteilt werden. Das war der erste Schritt. Nunmehr will man die Religion vollständig aus der Schule verbannen. Als ob es eine Erziehung ohne Religion überhaupt geben könnte!

Der Premier und Unterrichtsminister Dr. J. T. M. Anderson will, wie er in Moose Jaw ankündigte, dem Franzosen das geringe Recht auf französischen Unterricht in der ersten Schulklasse nehmen. Er beruft sich dabei auf „pädagogische" Gründe. Solche Motive lassen sich jederzeit leicht finden, oder konstruieren, weil sich nämlich die Vertreter der Erziehungswissenschaft über diese und ähnliche Fragen selbst nicht einig sind. Was der eine als eine Errungenschaft der Erziehungswissenschaft oder Pädagogik verherrlicht, verdammt der andere in Grund und Boden.

Wer brauchen uns wohl kaum als die Bedränger und Verfolger der Französisch-Canadier aufzuwerfen; denn sie haben im allgemeinen bisher schon bewiesen, daß sie auch ohne uns ihre Rechte ganz gut zu wahren und zu verteidigen verstehen. Doch handelt es sich für uns um eine grundsätzliche Forderung, nämlich um das in jedem zivilisierten Staatswesen geheiligte Prinzip der Minderheitenrechte. Die Verkündigung des Selbstbestimmungsrechtes, die Schaffung des Völkerbundes, die Abschließung von Schutzverträgen für die nationalen und religiösen Minderheiten usw. haben in der modernen Welt einen neuen Begriff von Minderheitenrecht und Minderheitenschutz geschaffen. Religion, Muttersprache und nationale Kulturgüter der Minderheiten sollen gegen den Ansturm eines blindwütigen Nationalismus geschützt sein. Canada selbst, das in seinen eigenen Grenzen einen gerechten und billigen Ausgleich zwischen Franzosen und Anglosachsen erstreben mußte, hat durch den Mund seiner Vertreter auf dem Völkerbundstagungen in Genf sich als ein Verkämpfer des Minderheitenrechtes erwiesen, wobei regelmäßig auf die vorbildliche verfassungsmäßige Stellung der Französisch-Canadier angespielt wurde.

Es sollte zum ABC jeder modernen Regierung im einem zivilisierten Staate gehören, die Minderheitenfrage in gerechter und wohlwollender Weise zu behandeln, ganz gleich ob das betreffende Staatswesen durch die Unterzeichnung von Minderheiten-Schutzverträgen dem Völkerbund gegenüber eine formelle Verpflichtung übernommen hat oder nicht. Spätere Geschlechter werden einmal die Zivilisation und Kulturhöhe eines Volkes und Staates darnach beurteilen, ob man die natürlichen Rechte der Minderheiten auf dem Gebiete der freien Religionsübung und der Muttersprache geachtet und hochgehalten hat. Doch nicht nur die Geschichte, auch die lebendige Gegenwart bildet sich bereits ein Urteil darüber, wie es sich im Falle der minderheitenfeindlichen Einstellung Polens gezeigt hat, ob vom gesamten Völkerbundsrat einmütig verurteilt wurde. Sogar ein Staat wie Jugoslawien führt wieder deutsche Schulen ein, nachdem sie bereits unterdrückt waren. Die Belgrader Regierung läßt sich dabei gewiß nicht von einer innigen Liebe zu ihren deutschstämmigen Staatsbürgern leiten, sondern von nüchternen staatspolitischen Erwägungen. Man wirbt wohl auf diese Weise um die Zuneigung der Deutschen, die für ganz naturgemäß in einem Staatswesen, das ihre Muttersprache und angestammte Kultur respektiert, wohler, heimischer und zufriedener fühlen und dann auch mit verdoppelter Kraft sich um den wirtschaftlichen und politischen Aufbau des Staates bemühen. Wie das Beispiel der Schweiz in geradezu unübertrefflicher Weise zeigt, ist die Sprache kein Hindernis für die Treue und Hingabe an das gemeinsame Vaterland. Ob der Schweizer die deutsche oder die französische, die italienische oder die romanische Sprache als seine Muttersprache erlernt und in Ehren hält, er ist doch ein hundertprozentiger Schweizer Patriot. So wird auch die canadische Bürgergesinnung keinen Schaden leiden, wenn unsere Kinder neben dem Englischen noch ihre Muttersprache erlernen.

Nicht jene sogenannte „pädagogische" Bedenken brechen in sich zusammen, wenn man die Erfahrung sprechen läßt. Wer sich der Mühe unterziehen wollte, einmal festzustellen, welche Kinder von Fremdgeborenen die tüchtigsten und gewecktesten sind, würde wahrscheinlich zu seinem Erstaunen folgendes bemerken: Jene Kinder, die durch gründliche Erlernung ihrer Muttersprache im Elternhause, in einer Samstagsschule oder in einer Sonntagsschule eine solide Bildungsgrundlage erhalten haben, machen auch im Englischen die besten Fortschritte. Wenn man schon von „pädagogischen" Gesichtspunkten ausgehen wollte, müßte man in den ersten zwei oder drei Schuljahren mit dem Unterricht in der Muttersprache des Kindes beginnen und darauf erst die Lehre der zweiten Sprache aufbauen. Doch die Anwendung einer solchen modernen Pädagogik kann man von den rückständigen Schulmännern Saskatchewans wohl kaum erwarten. Für sie sind politische Gesichtspunkte, die man mit einem „pädagogischen" Mäntelchen umgibt, in erster Linie maßgebend. Für sie ist die Schule nur eine Assimilierungspresse, wobei es ihnen gleichgültig ist, ob die religiöse Erziehung des Kindes Schaden leidet oder ob die Verbindung des Kindes mit der altehrwürdigen Volkskultur seiner Eltern gewaltsam zerbrochen wird. Das Gerede von einer „wohlwollenden Behandlung" der Fremdgeborenen ist leere Phrase, solange man nicht den Uebergang von der fremdgeborenen Generation der Eltern zur neuen canadischen Generation der Kinder so schonend wie nur möglich sich vollziehen läßt.

Die Eltern, nicht der Staat, haben nach natürlichem und göttlichem Recht den ersten Rechtsanspruch auf die Kinder, wie ja auch vor menschlichem und göttlichem Gesetz die erste und höchste Verantwortung für die Kinder tragen. Wohin die Mißachtung des Elternrechtes führen kann, zeigt das entsetzliche Beispiel des bolschewistischen Rußland, wo man die Kinder in roher Weise den Eltern entreißt, um in ihnen jeden Glauben an die Autorität Gottes und ihrer Eltern zu vernichten. Heiligste Aufgabe der Eltern ist es folglich auch in Canada, ihr Elternrecht gegen jeden Eingriff und Angriff zu verteidigen, mag dieser Angriff kommen von wem er will. Mithin ist es auch nur selbstverständlich, wenn die Schulvorsteher als Vertreter der Eltern sich organisieren, um die Rechte der Eltern gegenüber Regierung und Legislatur zu vertreten. Haben die Schulvorsteher die Ueberzeugung gewonnen, daß die „Saskatchewan School Trustees' Association" ihre Interessen nicht mehr vertritt, so steht ihnen als freien canadischen Bürgern im freien Canada wohl noch das Recht zu, sich nach ihrem Belieben zu organisieren, wo sogar Kommunisten und andere Radikalinski sich zusammenschließen können. So denken wir simple Bürger, mit unserem ganz gewöhnlichen Untertanenverstand. Doch Premier und Unterrichtsminister Dr. Anderson erklärt in Moose Jaw, er anerkenne nur eine Schulvorsteher-Vereinigung in Saskatchewan, nämlich die „Saskatchewan School Trustees' Association", und wer andere Schulvorsteher-Organisationen gründe, sei kein loyales Glied der Provinz Saskatchewan. — — Wo leben wir eigentlich? Leben wir im freien Saskatchewan oder irgendwo in der Türkei oder gar in Sowjetrußland? Seit wann kann man es loyalen Bürgern verwehren, sich zu organisieren um ihre Rechte auf gesetzlichem Wege wahrzunehmen? Angenommen den Fall, es würde eine andere Schulvorsteher-Konvention stattfinden und die doppelte Zahl von Delegierten als die in Moose Jaw aufbringen! Könnte dann der Premier von Saskatchewan als erster Minister einer demokratischen Provinz in einem demokratischen Staate erklären, die stärker besuchte Schulvorsteher-Konvention gehe ihn nichts an? Wenn schon die Mehrheit herrschen soll, warum nicht auch in diesem Falle? Doch, Bauer, das ist etwas anderes.

Die Schulvorsteher-Tagung in Moose Jaw hat jedenfalls ein grelles Blitzlicht auf den in Saskatchewan herrschenden Geist geworfen. Es wird nunmehr die Pflicht jedes gutgesinnten Bürgers sein, sich mehr denn je um die Erziehungs- und Schulfragen zu kümmern, weil davon so unendlich viel für die Zukunft unserer Kinder und ganz Canadas abhängt.

Das Recht auf deutschen Schulunterricht in Jugoslawien

Der Kampf des Deutschtums in der Welt um sein Recht auf die Erziehung seiner deutschstämmigen Kinder scheint in verschiedenen Ländern wenig Aussicht auf Erfolg zu versprechen. Stellenweise setzen die verantwortlichen Regierungsmänner, unterstützt von Parlamenten und ausländerfeindlichen Organisationen, sogar alle Hebel in Bewegung, um die Muttersprache ihrer fremdsprachigen Bürger zu unterdrücken oder ihnen wenigstens auf dem Schleichwege einer „freundlichen Assimilierung" die Muttersprache von der Zunge und aus dem Herzen zu stehlen. Die Schule, die eine so hochwichtige erzieherische Aufgabe haben sollte, wird zum Werkzeug der Unterdrückung oder Verdrängung der Fremdsprachen mißbraucht.

Jeder, der eine Ahnung von der Knebelung der deutschen Minderheit in Jugoslawien seit Einführung der serbischen Diktatur hätte, weiß, daß auch dort die herrschende Klasse sich alle erdenkliche Mühe gab, auf dem Umwege über die serbische Schule die Deutschen ihres Volkstums zu berauben. Umso mehr hat wohl manchen die Nachricht im letzten „Courier" überrascht, daß das Belgrader Unterrichtsministerium die Eröffnung von 56 neuen deutschen Volksschulen angeordnet hat. Wenn das rückständige jugoslawische Staatsregiment schon sich zu einem so weitherzigen Entschluß aufrafft, um wie viel mehr sollte man es von anderen Regierungen erwarten, die an der Spitze der Zivilisation zu marschieren sich einbilden!

Das „Deutsche Volksblatt" in Neusatz (Jugoslawien) gibt die wesentlichsten Bestimmungen der Belgrader Verordnung bekannt, die für das ganze jugoslawische Staatsgebiet Gültigkeit haben soll. Die Bestimmungen sind folgende:

„1. Die Einschreibung der Schüler in die deutschen Minderheitenvolksschulen erfolgt gemäß der elterlichen Erklärung. Die Familiensprache wird als hauptsächliches Merkmal für die Bestimmung der Volkszugehörigkeit angesehen. Die Einschreibung ist durch eine Kommission vorzunehmen, die aus je zwei Vertretern des Staates und der deutschen Minderheit besteht. In notorisch unrichtig dargestellten Fällen, ebenso wenn die Entscheidung der Kommission nicht einstimmig ist, wird die Einschreibung trotzdem nach dem Wunsche der Eltern vorgenommen, während die Angelegenheit auf Beschwerde des staatlichen Vertreters in der Kommission vor den höheren Behörden verhandelt wird. Als letzte Instanz gilt das Unterrichtsministerium. — 2. In den deutschen Minderheitenabteilungen beginnt der Unterricht in der Staatssprache in der dritten Klasse. — 3. Den deutschen Lehrern wird gestattet, deutsche Analphabetenkurse zu organisieren, unter Aufsicht der Staatsbehörden und unter der Bedingung, daß sie auch Unterricht in der Staatssprache erteilen. — 4. Die Unterrichtssprache in der ersten und zweiten Klasse der höheren Volksschule ist für die deutsche Minderheit die deutsche. — 5. Die Errichtung privater Kindergärten für deutsche Kinder wird gestattet. — 6. Die Vorbereitungsklasse ist für die Kinder der deutschen Minderheit nicht verpflichtend.

„Die Errichtung einer privaten deutschen Lehrerbildungsanstalt mit dem Oeffentlichkeitsrechte unter staatlicher Aufsicht zum Zwecke der Ausbildung der Lehrer für die staatlichen Volksschulen der deutschen Minderheit wird genehmigt."

Revision der Verträge . . . sonst

Der bekannte französische Schriftsteller Romain Rolland schreibt einem Freunde:

„. . . Ich sage Ihnen nochmals, was ich Ihnen bereits vor einigen Monaten geschrieben habe: Ohne Opfer Frankreichs und der siegreichen Länder ist kein Friede möglich. Und diese Opfer sind gerecht und notwendig. Man darf unsere französischen Friedensfreunde nicht in die angenehme Illusion wiegen, daß der Friede sich mit einer großspurigen Erklärung begnügt, die ihnen ohne Wagnisse und ohne Kosten die Privilegien der Raubverträge, die gewaltsam im Jahre 1919 erzwungen wurden, unangetastet läßt. Die Verträge müssen revidiert werden. Der Status quo ist unmöglich. Ein ganzes Drittel Europas seufzt und bäumt sich unter dem Elend, der Unterdrückung und der Verzweiflung. Es vergeht keine Woche, die mir nicht in meiner laufenden Post davon ein schreckliches und drohendes Echo zuträgt. Wenn wir nicht handeln, sind alle guten Absichten, die uns retten könnten, wertlos; es werden keine zwei Jahre mehr vergehen bis das Leiden und die Raserei zum furchtbaren Ausbruch kommen werden. Damit Europa in Frieden leben kann, muß es zunächst einmal überhaupt leben können. Das kann es nicht ohne vernünftigere Abkommen zur Zusammenarbeit. Wenn diese Abkommen erreicht werden sollen, ist die loyale Revision der Verträge die notwendige Vorbedingung. Ich werde nicht nachlassen, diese Revision zu fordern. Wenn das nicht geschieht, dann können wir den Frieden in Europa zu Grabe tragen!"

Soweit Romain Rolland. Er ist im Kriege „das Gewissen Europas" gewesen; man darf ihn einen der bedeutendsten Vertreter der paneuropäischen (und darüber hinaus der panhumanistischen) Idee nennen, und zwar nicht im Sinne Briands, der ein künftiges Paneuropa für die Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent auswerten möchte. Romain Rolland ist kein Staatsmann und hat selbstlos nur das Wohl aller Völker im Auge. Es ist notwendig, daß solche Männer ihre ganze Autorität für die Sache des Friedens einsetzen.

Weltumschau

Attentatsversuch im Reichstag. Dr. Wilhelm Külz, ehemaliger Reichsinnenminister im Kabinett des Kanzlers Hans Luther vor fünf Jahren, war in dem Hauptwandelgang des Reichstagsgebäudes in heftigem Handgemenge mit einem Attentäter, nachdem dieser drei Schüsse abgefeuert hatte, die jedoch das Ziel verfehlten. Der Attentäter, der im Verhör auf dem Polizeiamt sich als Vertreter des „Verbandes der Bayerischen Staatspensionäre" ausgab, hatte eine Zeitlang unbemerkt in dem Wandelgange wartend zugebracht, als Dr. Külz von der Straße hereinkam. Sofort zog der Mann eine Pistole und begann Schüsse abzufeuern. Der Knall von drei Schüssen hallte durch den Wandelgang und brachte schnell eine Anzahl Aufseher und Polizisten zur Stelle. Dr. Külz war bereits im Ringen mit dem Manne, um ihm die Schußwaffe zu entreißen. Nach einem kurzen Handgemenge überwältigte die Polizei den Attentäter und brachte ihn in Gewahrsam, um zunächst seinen Geisteszustand ärztlich untersuchen zu lassen.

Dr. Külz, derzeit Reichstagsmitglied aus dem Wahlkreis Leipzig, konnte sich den Mordangriff nicht anders erklären als die Tat eines Geistesgestörten, der darauf bedacht zu sein schien, den ersten Reichstagsabgeordneten, der zufällig des Weges kam, niederzuschießen.

Bei dem Knall der Schüsse war unter den anwesenden Reichsboten eine große Bestürzung entstanden und geraume Zeit verlief, ehe die Ruhe wiederhergestellt war. In der allgemeinen Aufregung fanden einige Kuriositätensammler Gelegenheit, sich mit den flach geschlagenen Kugeln davonzumachen.

Im Verhör erklärte der Verhaftete, er habe durch seine Tat den Reichstag auf die große Notlage der Staatspensionäre aufmerksam machen wollen.

Reichsbanner schützt die Republik. 160,000 uniformierte Reichsbannerleute hielten in verschiedenen Städten des Reiches zur Feier des Geburtstages der am 22. Februar 1924 gegründeten Organisation der republikanisch gesinnten Frontsoldaten Paraden ab, um ihre „Bereitschaft" kundzutun, die Weimarer Verfassung gegen alle Feinde zu schützen. Die Marschierenden trugen Tornister, aber keine Waffen, da der Zweck ihrer über das ganze Land ausgedehnten Demonstration war, Freund und Feind der Republik zu zeigen, daß Massen disziplinierter Bürger bereit stehen, auf Seiten der Regierung zu den Waffen zu eilen, sollte irgend ein Versuch unternommen werden, sie zu stürzen.

Veranlassung zu der landweiten Kundgebung gab die seit Monaten immer mehr zum Ausdruck kommende Feindseligkeit der Nationalsozialisten Hitlers und der Kommunisten gegen die republikanische Regierung. Im ganzen Reiche wurden „Schutzos", die Schutzformationen oder Stoßtruppen des Reichsbanners, organisiert und ausgebildet die zum ersten Male in allgemeinem Aufmarsch vor die Oeffentlichkeit traten.

In Berlin war der Mittelpunkt der Demonstration im Lustgarten, wo 16,000 uniformierte Reichsbannerleute und 2000 andere Anhänger der Republik dem Führer der Organisation, Friedrich Otto Hörsing, lauschten, der in einer Ansprache alle Radikalen der Rechten und Linken warnte, daß die im Jahre 1918 gegründete Republik das Volk hinter sich habe und daß jeder Versuch, sie zu stürzen, von vornherein zum Fehlschlag verurteilt sei. „Wir haben 160,000 Mann bereit, die in den letzten Monaten einer besonderen Ausbildung unterzogen worden sind und die sich in diesem Augenblicke in ganz Deutschland versammeln," erklärte Hörsing seinen Zuhörern. „Wir wollen keinen Bürgerkrieg, noch versuchen wir, Soldaten zu spielen. Alles, was wir wollen, ist gerüstet zu sein, um die Republik zu verteidigen."

Die Reichsbannerumzüge sind im ganzen Reiche ruhig verlaufen. In Berlin machten Kommunisten verschiedene Versuche, den Aufmarsch im Lustgarten zu stören. Sie wurden jedoch von der Schutzpolizei jedesmal schnell auseinander getrieben.

Schüsse auf den König von Albanien. Ein Mordanschlag auf König Zogu von Albanien wurde in Wien verübt, als er nach Besuch einer Vorführung im Wiener Opernhaus die Straße betrat. Der Adjutant des Königs, Major Topolai, wurde von Kugeln tot niedergestreckt und ein Hofbeamter trug eine Schußwunde am Bein davon. Die Attentäter waren zwei Albanier, die mehrere Schüsse abfeuerten als der König mit seinem Gefolge das Opernhaus verließ. Bei dem ersten Knall sprang Major Topolai schnell zum Schutze vor den König und wurde von den Kugeln, die für den Monarchen bestimmt waren, in die Brust getroffen. Der König selbst war seinem Chauffeur und herbeieilenden Polizisten bei Verhaftung der beiden Attentäter behilflich. Die Arrestanten sollen Mitglieder der Oppositionspartei in Albanien sein. König Zogu befindet sich in Wien seit etlichen Wochen in ärztlicher Behandlung wegen eines Halsleidens, verursacht durch übermäßiges Rauchen.

Es war nicht das erste Attentat, dem der Albanier-König mit knapper Not entgangen ist. Im Jahre 1924, damals Premier des Landes, wurde er von einem Studenten in Tirana durch einen Schuß leicht verwundet. Albanische Gebirgsbewohner erklärten später eine Blutrache gegen ihn und zeitweilig war Zogu nach seiner Proklamierung zum König 1928 tatsächlich ein Gefangener in seinem Palast, weil zu befürchten war, daß er bei seinem Erscheinen an der Oeffentlichkeit einem Mordangriff zum Opfer fallen würde. Es heißt, daß seine bejahrte Mutter eigenhändig die Speisen für ihn bereitete, um der Möglichkeit einer Vergiftung vorzubeugen.

Seit einem Jahre waren beharrliche Gerüchte im Umlauf, daß der König schwer krank sei, jedoch die aus Wien herbeigerufenen Spezialisten stellten fest, daß es lediglich eine Halsentzündung infolge übermäßigen Rauchens war.

Radikale Strömung in England. Der Nationalrat der Unabhängigen Arbeiter-Partei hat in einer Kundgebe erklärt, daß die kürzliche Rede des Schatzkanzlers Snowden vor dem Unterhause über die britische Wirtschaftslage eine „ernste Notwendigkeit" geschaffen hat. Die Regierung wird dringend aufgefordert, eine „sozialistische Kampfpolitik" einzuführen. Gefordert wird eine Revision der Kriegsschulden-Regelungen sowie eine Verminderung der britischen Kriegsschuld durch weitere Besteuerung von Dividenden zinstragender Wertpapiere, der hohen Monopol-Profite und des Handels mit Luxusartikeln. Ferner wird eine wesentliche Verkürzung der Dienstzeit in allen Zweigen der Wehrabteilung befürwortet.

Weiter erklärt die Kundgabe, die Arbeitslosigkeit sollte nicht die ungewisse Wiederbelebung des Welthandels abwarten. Beigefügt wird ein Angriff auf „die Bankpolitik der letzten zehn Jahre, mit ihren verhängnisvollen Folgen in Handelsniedergang und Lohnabbau."

Sir Oswald Mosley, der Millionär und Sozialist, Mitglied des Parlaments, hat in einer Ansprache das Verhalten des Unterhauses scharf getadelt. Er sagte: „Immer wieder bei Wahlen seit dem Kriege hat das Volk in allen Landesteilen das Parlament um energische Anstrengungen ersucht, aber jedesmal ist der Wille des Landes durch Geschäftsreden in Weltminister vereitelt worden."

Sir Oswald betonte, eine Rationierung des Parlaments sei notwendiger als eine Rationierung der Industrie.

Kriegsangst in Moskau. Die Rote Armee feiert den 23. Febr., den 13. Jahrestag ihres Bestehens mit Paraden, Reden und anderen Veranstaltungen, als Zeichen ihrer Bereitschaft, Rußland gegen irgendeinen feindlichen Angriff zu schützen. Kriegskommissar Woroschilow hat in einem Tagesbefehl die Armee aufgefordert, sich gerüstet zu halten, denn das Land sei beständig von einem „kapitalistischen Kriege" bedroht. Rußland sei für Frieden, doch bedeute dies nicht, daß das Land einen Eingriff in seine Rechte dulden würde. Im Weiteren sagte der Kriegskommissar: „Unsere Politik ist und wird für Frieden sein. Wir werden alle Maßnahmen treffen, um unseren Arbeitern und Bauern den Frieden zu erhalten. Wir begehen kein Gebiet anderer Länder, aber wir werden nicht zulassen, daß ein anderes Land unter irgendwelchen Vorwänden unsere Grenzen überschreitet."

Nach amtlicher Darstellung ist die Stärke der Roten Armee von 562,000 Mann die kleinste in ganz Europa im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung des Landes.

Regierung der starken Hand in Spanien. Der spanische Premier Aznar gab nach Rücksprache mit den anderen Ministern bekannt, daß die Regierung eine feste Stütze am Heere und der Flotte habe; alle mit hohen Kommandos betrauten Offiziere hätten dem Ministerium ihre Unterstützung persönlich zugesagt. Da die Rechts- und Mittelparteien der Regierung gleichfalls zur Seite stehen, bleiben nur die Sozialisten, die Republikaner und die Arbeiterpartei in der Opposition. Die Bankiers und die Geschäftsleute geben größeren Optimismus kund, als seit Monaten zu Tage getreten ist.

Für den 12. April hat das Kabinett Stadtwahlen in ganz Spanien angesetzt und gedenkt tunlichst bald auch die höheren Lehranstalten wieder zu eröffnen, welche Berenguer hat schließen lassen. Andererseits wird aber die neue Regierung Ende nächsten Monats, wie verlautet, Alcala Zamora und die anderen Führer der unterdrückten Dezember-Revolution, die im Kerker sitzen, vor ein Kriegsgericht stellen.

Die Arbeiterpartei hat vorläufig wenigstens, ihre Drohung mit dem Generalstreik in ganz Spanien fallen lassen. In Südspanien, in San Lucar de Barrameda, wo Polizei und Truppen gegen streikende Winzer mobil gemacht wurden und 15 Personen niedergeknallt haben, wurde ein Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft erklärt. Dort floß Blut, als die Polizei und Bürgerwehr gegen einen wütenden Haufen von Traubenpflückern einschritten, welcher die Rathausfenster mit Steinen bombardierte, weil fremde Winzer zur Arbeit in den Weinbergen importiert worden waren.

Gandhi erhält Generalvollmacht. Das Arbeitskomitee des Allindischen Kongresses hat Mahatma Gandhi für seine Besprechungen mit dem Vizekönig die weitgehendsten Vollmachten gegeben, im Namen der Partei Entscheidungen zu treffen. Die Bevollmächtigung Gandhis, den Kongreß in diesen und auch etwaigen späteren Verhandlungen mit dem Vizekönig zu vertreten, wird als eine Bekundung des Vertrauens in die Fähigkeit des Führers der Nationalisten ausgelegt, die besten Zugeständnisse Großbritanniens für Indien zu erwirken.

In den Besprechungen zwischen Gandhi und dem Vizekönig sind beide Seiten gegenwärtig zurückhaltend, da die Stellungnahme Londons zu Gandhis Bedingungen erwartet wird. Die Hauptpunkte seiner Forderungen sind Freilassung aller politischen Gefangenen, Untersuchung der angeblichen Uebergriffe der Polizei, Rückgabe des wegen Steuerhinterziehung beschlagnahmten Besitzes und Anerkennung des Rechtes der Mitglieder der Kongreß-Partei, den Verkauf von fremdem Tuch zu behindern und Salz herzustellen.

Durch erneute Ausbrüche von Gewalttaten in der Unabhängigkeitsbewegung der Inder ist eine gespannte Situation geschaffen worden, während das Land und die Außenwelt auf das Resultat der Friedensverhandlungen Mahatma Gandhis und des britischen Vizekönigs Lord Irwin in Neu-Delhi warten. Die Polizei geriet in Bombay mit einer Menge Freiwilliger beiderlei Geschlechts aneinander, die in den Korporationssaal eindrang, um zu verhüten, daß die Stadtväter zu einer angekündigten Sitzung zusammentreten würden, in der über eine Abschiedsadresse für den heimkehrenden bisherigen Vizekönig Lord Irwin und eine Willkommensadresse zu Ehren des neuen Vizekönigs, Lord Willingdon, abgestimmt werden sollte. Es gelang der Polizei, die Menge zu zerstreuen.

Hungertod für eine Million Chinesen. L. B. Cummings von der Internationalen Hungernot-Hilfskommission in China sagte voraus, daß noch eine weitere Million Menschen in den Hungerdistrikten der Provinz Schensi, Nord China, vor dem Frühling dem Tode verfallen sei, wenn sich nicht ein Wunder ereigne. Zwei Millionen, sagte er, starben dort im Laufe von zwölf Monaten, und er sah nur wenig Hoffnung für die Ueberlebenden.

Frankreichs Besorgnisse um Polen

Ein Vorwort, das der deutsche Reichstagsabgeordnete und Zentrumsführer Kaas für ein Werk über die Außenpolitik Deutschlands geschrieben hat, beunruhigt den „Temps" und das „Journal des Debats". Beide beschäftigten sich in Leitartikeln auf Grund einer Depesche mit dem Inhalt der Ausführungen des Abg. Kaas. Beide Blätter benutzen die Gelegenheit, um die politische Stimmung in Deutschland in überaus pessimistischem Sinne darzustellen. So schreibt der „Temps":

„Alle deutschen Staatsmänner, ob sie rechts, in der Mitte oder links stehen, wollen die Wiederherstellung der deutschen Macht in der Welt. Sie fordern Revision der Verträge, Abänderung der Ostgrenze, allgemeine Abrüstung oder das Recht für Deutschland, sich ungehindert zu bewaffnen, und endlich den Anschluß oder, besser gesagt, die Annektion Oesterreichs. Die Meinungen weichen nur in der Frage der Mittel, die man zur Durchführung der einzelnen Etappen anzuwenden habe, von einander ab."

Das „Journal des Debats", das Organ des Schwerindustriellen de Wendel, sieht schon eine neue Aufteilung Polens und auch die Annektion Oesterreichs, natürlich auch die Wiederaufrichtung Deutschlands voraus. Wenn das, so ruft das Blatt aus, realisiert würde, dann würde man sich einem stärkeren Deutschland gegenüber befinden als dem von 1914. Man müßte besonders naiv sein, wenn man sich einbilden könnte, daß Deutschland, wenn es dies alles erreicht hat, sich nicht in sehr aktiver Weise auch für seine Westgrenze interessieren würde. Nach dem Blatt möchte man von deutscher Seite der Welt den Glauben beibringen, daß die Stillung des deutschen Appetits das einzige Mittel sei, den Frieden zu bewahren. Kaas vergleiche Deutschland mit Simson. Er erklärte, daß der Tag kommen werde, an dem es als Gefangener des Friedensvertrages wie der biblische Held die Säulen seines Gefängnisses niederreißen werde. Es sei nicht Hitler, der dies aussprach, sondern der Führer des Zentrums. Müsse Frankreich nicht daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß man Simson nicht handeln lassen dürfe, sondern ihn bewachen und die Tragsäulen, die er umreißen wolle, verstärken müsse?"

Bei den erwähnten Ausführungen des Prälaten Kaas handelt es sich um sein Vorwort zu der Schrift des Außenministers der „Germania", Hagemann. Der Zentrumsführer kennzeichnet in seinem Vorwort das Verhältnis zwischen Außen- und Wirtschaftspolitik, die Erscheinungen des Radikalismus als eines Nutznießers eines Rückschritts und die Notwendigkeit der deutschen Revisions- und Abrüstungsansprüche in durchaus gemäßigten Worten. Er gelangt dabei zu der Ansicht, daß eine friedliche Evolutionspolitik die unbedingte und einzige Möglichkeit nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrige Welt sei, hält aber mit seinen Besorgnissen nicht zurück.

Die Hypothese von der Erreichung einer physischen und psychischen Belastungsgrenze und von den Folgen, die eintreten, wenn sich „die Simson-Tragödie im Politischen wiederholt", ist keineswegs in den Ausführungen des Zentrumsführers als ein erwünschtes oder drohendes Ereignis, sondern als die letzte tragische Konsequenz fortgesetzter Verbohrtheit und Verständnislosigkeit auf der Gegenseite erwähnt. Nur ein besonders schlechtes Gewissen kann bei verantwortungsbewußter Prüfung der tatsächlichen Ausführungen des Prälaten Kaas daraus deutsche Zielsetzungen entnehmen wie sie vom „Temps" und vom „Journal des Debats" behauptet werden.